

**Grußwort von Präsident Udo Dolezych  
anl. der Veranstaltung „Wirtschaft trifft Politik“  
mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft,  
am 9. Mai 2011, 18:00 Uhr**

Einen schönen guten Abend,  
meine Damen und Herren,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in der Industrie- und Handelskammer! Wir begegnen uns heute bereits zum vierten Mal unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ – und das scheint ja auch nach wie vor die spannendste Paarung zu sein. Ich freue mich jedenfalls über Ihr großes Interesse – bin mir aber sehr wohl im Klaren darüber, dass dies in erster Linie unserem Ehrengast gilt.

Ich begrüße ganz herzlich die Ministerpräsidentin unseres Landes: Sehr verehrte Frau Kraft, willkommen in Dortmund!

Wir freuen uns auch über weitere Ehrengäste und begrüßen den Regierungspräsidenten Dr. Gerd Bollermann und unseren Oberbürgermeister Ullrich Sierau.

- Ebenso herzlich begrüße ich die Unternehmer unserer Region,
- die Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen und
- die kommunalen Mandatsträger.

Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, meinen Respekt dafür aussprechen, dass Sie trotz unklarer Mehrheiten im Parlament die Regierungsverantwortung übernommen haben für das mit Abstand bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Bundesland Deutschlands!

Das dürfen wir uns ja ruhig mal vor Augen führen: Unsere Wirtschaftsleistung von über einer halben Billion Euro entspricht gut einem Fünftel des erwirtschafteten Bruttoinlandproduktes in Deutschland. Damit spielt NRW in einer Liga beispielsweise mit den Niederlanden.

Außerdem bildet Nordrhein-Westfalen mit seinen 68 Hochschulen ein dichtes Forschungsnetzwerk im Herzen Europas – und es besitzt als zentraler Standort

der Energiewirtschaft eine Schlüsselrolle innerhalb der gesamten Bundesrepublik!

Wie wichtig und hochbrisant gerade dieser Aspekt, nämlich die Energiewirtschaft, während Ihrer Amtszeit werden würde, und vor welche neuen Herausforderungen wir alle gestellt sind – das haben wir zur Zeit der Landtagswahl noch nicht ahnen können.

Fukushima ist eine Katastrophe für Japan, aber es ist auch ein Wendepunkt, der Bedeutung hat für die gesamte Welt, die gesamte Wirtschaft. Vor allem bei uns in Deutschland.

Mit Ihnen, verehrte Frau Kraft, führt nun in diesen schwierigen Zeiten eine Wirtschaftswissenschaftlerin und ehemalige Unternehmensberaterin die Landesregierung. Das sehen wir als ein sehr gutes Zeichen. Und wir haben das bestätigt gefunden, als Sie kurz nach Ihrem Amtsantritt sagten: „Wir wollen die Chancen industrieller Produktion nutzen!“ Das hat uns gefreut.

Wir haben es als Wertschätzung der Industrie verstanden, die in unserem Land NRW 1,3 Mio. Menschen beschäftigt und das sind rund 22 Prozent der Beschäftigten. Sie erwirtschaften 147 Mrd. Bruttowertschöpfung und damit fast 30 Prozent dieser Wirtschaftsleistung NRWs.

Auch in Zukunft, liebe Frau Kraft, setzen wir auf Ihren Sachverstand und Ihren wirtschaftspolitischen Instinkt. Und dass Sie neben Verstand und Instinkt auch noch ein Herz haben für die Wirtschaft, das schließen wir ganz einfach mal daraus, dass Sie heute bei uns sind.

Aber – Sie ahnen es: Nach soviel positiver Einleitung kommt jetzt das große „Aber“ – es wird Sie zweifellos nicht überraschen, dass wir gerade in unserem Dialog mit der Wirtschaftsexpertin auch kritische Themen ansprechen möchten. Im Koalitionsvertrag heißt es ja zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft so vielversprechend: „**Gemeinsam** neue Wege gehen“. Aber nach den letzten Monaten sind wir, die Unternehmer, doch manchmal irritiert über diese

Wegeführung. **Unser** Navigationssystem warnt uns da jedenfalls ganz hartnäckig: Wenn möglich, bitte wenden.

Das Handelsblatt, das ja nun nicht gerade als Krawallzeitung gilt, titelte sogar vor einigen Wochen sehr provokant: „Wie Kraft die Wirtschaft brüskiert.“ Diese unfreundliche Formulierung wollen wir natürlich nicht übernehmen. Aber auch wir sehen schon eine gewisse Kluft zwischen Reden und Handeln. Und die Wirtschaftspresse greift da durchaus berechtigt Sorgen auf, die uns Unternehmer umtreiben.

Die größten Sorgen machen wir uns um die Energie und um das angestoßene Klimaschutzgesetz, bei dem ja die Handschrift Ihres Koalitionspartners als „Navigator“ sehr deutlich wird. Aber auch das große Thema Schule und Bildung und der Einsatz der finanziellen Mittel in diesem Bereich ist uns ein außerordentlich wichtiges Anliegen. Auch da sind wir nicht glücklich über die bisherigen Entwicklungen.

Zunächst zum Thema Energie. Ihre sichere und wirtschaftliche Bereitstellung entscheidet in einem

Industrieland wie NRW über Wohl und Wehe der Wirtschaft und damit aller Bürger. Dass die Kernkraft als Energiequelle insgesamt wieder auf dem Prüfstand steht, ist nach dem Super-GAU in einer hoch entwickelten Industrienation wie Japan zweifellos richtig. Neu nachdenken und neue Erkenntnisse gewinnen ist nicht nur erlaubt, sondern Pflicht. Alles andere wäre verantwortungslos.

Auch Sie, liebe Frau Kraft, wollen, dass Deutschland und ganz Europa schnell aus der Atomenergie aussteigen. Aber was wir bisher dazu beobachten, übrigens natürlich parteien- und länderübergreifend, das sieht nicht nach einem besonnenen Sammeln von Informationen und Erkenntnissen aus, auf deren Basis man Sachentscheidungen trifft. Es sieht eher aus nach einem hektischen Einschwenken auf verständliche Stimmungen in der Bevölkerung.

Natürlich haben die Bürger nach dieser Katastrophe Angst, das ist doch klar. Ebenso klar ist die Aufgabe von Politik in dieser Situation: Besonnen bleiben – und volle Transparenz in der Information – **auch** über die Kosten.

Die Bürger müssen in jeder Hinsicht wissen, was sie erwartet, wenn in Deutschland die Energiewende eingeläutet wird. Und das auch noch auf einer Insel innerhalb Europas und der Welt.

Über das Ziel sind wir uns ja alle durchaus einig: Wir brauchen eine dauerhaft sichere, umweltverträgliche und kostengünstige Energieversorgung. Die Wirtschaft braucht das, um stabil und wettbewerbsfähig zu bleiben, unsere öffentlichen Einrichtungen brauchen das, und auch die Privathaushalte. Das schaffen wir aber nur mit einem weiterhin breiten Energiemix.

Wenn wir aus der Kernkraft raus wollen, dann brauchen wir erstmal noch die Kohlekraft. Natürlich aus den umwelttechnisch modernsten Anlagen. Dazu gehört das E.on-Kraftwerk in Datteln. Ihre Regierung hat die von der Vorgängerregierung angestoßene Änderung des Planungsrechts, die einen auch von uns erwünschten Betrieb ermöglicht hätte, wieder gekippt. Wie passt das zum Ausstieg aus der Kernkraft? Glücklicherweise gibt es ja jetzt ein Gutachten, das den Betrieb in Datteln doch ermöglichen könnte und vielleicht ist Ihnen das ja

gar nicht so unlieb, sehr geehrte Frau  
Ministerpräsidentin.

Kommen wir zum zweiten Thema: Klimaschutz. Dass die neue Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft neue Wege geht, das sehen wir in der Umwelt- und Verkehrspolitik so ganz und gar nicht. Da sehen wir Ihren Umweltminister ganz im Gegenteil auf einem einsamen Irrweg.

Der Klimaschutz gehört zweifellos zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unseres Jahrhunderts. Deshalb investiert die Wirtschaft seit Jahren in modernste Technologien, um den drohenden Klimawandel abzuwenden. Aber die Unternehmen sind nur dann in der Lage, das Klima zu schützen, wenn sie leistungs- und wettbewerbsfähig sind.

Das würde durch das geplante Landes-Klimaschutzgesetz massiv untergraben. Ich weiß, bislang gibt es keinen offiziellen Entwurf zu diesem Gesetzesvorhaben. Die zentralen Inhalte sind aber dennoch bekannt. Und danach soll sich die gesamte

Politik und damit auch die Wirtschaft den Zielen des Klimaschutzgesetzes unterordnen.

Da verweigern nicht nur wir die Gefolgschaft: Alle IHKs in Nordrhein-Westfalen sagen: Stopp. Zumal es auch verfassungsrechtliche Bedenken gibt, (weil Landesrecht nicht Bundesrecht brechen darf). Ganz zu schweigen davon, dass die positive Wirkung auf unseren Klimaschutz so gar nicht zu erkennen ist – dafür aber die massive Gefährdung des Wirtschaftsstandortes NRW und damit auch zahlreicher Arbeitsplätze. Durch Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Ziele können evtl. weitere industrielle Unternehmen nicht angesiedelt werden und bestehende nicht expandieren. Eine Abwanderung ins Ausland wäre zwangsläufig. Diese Länder haben aber nicht unsere Umweltstandards. Europaweit würde damit eine Klimaverschlechterung erfolgen. Das können Sie doch nicht wirklich wollen! Wir auch nicht. Deshalb fordern wir eine grundsätzliche Neukonzeption.

„Stopp!“ müssen wir auch sagen zur Verschärfung der Umweltzonen. Liebe Frau Ministerpräsidentin, auch wir mögen keine dicke Luft und sind dankbar für den

„Blauen Himmel“ über der Ruhr. Doch wenn man an einem Logistikstandort, wo solche Entscheidungen existenziell wichtig sind, über saubere Luft reden will, dann muss man auch sauber argumentieren.

Auch die EU bezweifelt inzwischen, dass Fahrverbote wirklich verhältnismäßig sind, um Emissionen zu vermindern. Fakt ist: Die Belastungswerte für Feinstaub sinken stetig. Sie werden auch in Zukunft noch weiter sinken, denn die modernen Euro-4- und Euro-5-Fahrzeuge produzieren nur noch einen Bruchteil des Feinstaubes früherer Baureihen.

Das eigentliche Problem sind und werden die Stickoxid-Emissionen sein. Sie werden innermotorisch erst durch Euro-6-Fahrzeuge gesenkt. Solche Fahrzeuge sind derzeit aber nur in Ausnahmefällen am Markt erhältlich. Bis die Stickoxid-Werte sinken, weil die Flotten noch umgerüstet werden müssen, wird es also noch Jahre dauern.

Und wie steht es überhaupt mit den Übergangsfristen? Der Umweltminister hat das Jahr 2014 genannt, in dem

nur noch grüne Plaketten zugelassen sein sollen. Wir fordern hier mindestens das Jahr 2016, weil Lkw wirtschaftlich zehn bis zwölf Jahre genutzt werden müssen. Wir brauchen generell ausreichende Übergangsfristen.

Was uns letztendlich allen wirklich helfen würde, wäre eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur. Wenn der Verkehr wieder besser fließt, ist allen geholfen, auch dem Umfeld und der Umwelt, dazu gehören aber auch bessere und neue Straßen, selbst dann, wenn wir alle verantwortungsvoll mit der Schöpfung umgehen wollen.

Das dritte große Thema aus unserer Sicht ist Schule und Bildung. Was wir heute in Bildung und Kindererziehung investieren, sparen wir morgen an Sozialkosten – sagen Sie. Und das sehen wir auch so. Was wir brauchen, ist eine qualitativ erheblich verbesserte Vorschulerziehung und mehr Betreuungsplätze. Das kostet natürlich Geld. Was wir aber nicht brauchen, sind mit der Gießkanne ausgeschüttete Wohltaten für Eltern in Form der Abschaffung von Kindergartenbeiträgen. Wer sich die

Beiträge tatsächlich nicht leisten kann, ist doch auch heute schon davon befreit. Für mehr qualifizierte Betreuer ist im Gegenzug dann aber leider weniger Geld da.

Machen wir von den Kindergärten einen großen Sprung zu den Unis, denen demnächst viele Millionen fehlen werden. Auch hier sind ja die nicht so gut Verdienenden bereits von den Studiengebühren befreit. Diese Befreiung wird ja von vielen Bildungsexperten als nicht sinnvoll eingeschätzt, weil sie darin eine Begünstigung der Besserverdienenden sehen.

Solche Mindereinnahmen tragen aber zum Bild einer sog. unsoliden Haushaltsführung bei, die das Verfassungsgericht NRW kritisiert hat, als es den Nachtragshaushalt 2010 „verfassungswidrig“ nannte. Wir alle hoffen, dass Ihre Regierung einen weiteren solchen Dämpfer beim Haushalt 2011 vermeidet. Vielleicht helfen ja auch jetzt wieder die sehr gut steigenden Steuereinnahmen unserer arbeitsamen Wirtschaft.

Aber nicht nur bei den Studiengebühren hat Ihre Regierung eine Rolle rückwärts gedreht, auch übrigens bei Teilen des Schulgesetzes: Kopfnoten gehen, Schulbezirke für Grundschulen kommen. Wir haben von Ihnen außerdem eine Rolle rückwärts beim § 107 Gemeindeordnung, der die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen regelt. Jetzt gilt Staat vor Privat. Und eine Rolle rückwärts gibt es auch beim Ladenöffnungsgesetz, das plötzlich wieder auf dem Prüfstand steht.

Nichts gegen sportliche Betätigung. Aber wenn Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, einen gemeinsamen Weg mit der Wirtschaft gehen will, dann lassen Sie uns lieber gemeinsam nach vorn und nicht zurück gehen. Das ist ja wohl auch Ihre eigentliche Intention. Heute sind Sie jedenfalls erstmal auf uns zugekommen, und darüber freuen wir uns sehr. Uns ist auch klar, dass wir nicht in allem einer Meinung sein können und dass Sie manches aus einer anderen Perspektive sehen und sehen müssen.

Und darauf sind wir jetzt gespannt: Auf Ihre Sicht der Dinge.

Das Wort hat die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.